

# BRH AKTUELL

Herausgeber: Seniorenverband BRH, Alicenplatz 4, 55116 Mainz

- Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen im dbb -

Tel.: 06131/223371, Fax: 06131/225625, E-Mail: [post@brh.de](mailto:post@brh.de), Internet: [www.brh.de](http://www.brh.de)

---

Verantwortlich: Dr. Herbert Bartsch

Nr. 78/2008

20.08.2008

## Generalangriff auf Pensionen

„Bild“, immer an vorderster Front dabei, wenn es gilt, Vorurteile zu schüren, will erreichen, dass die Pensionen sinken. Das Blatt versteckt sich hinter einer "Riesen-Diskussion", die sie selbst angezettelt hat. Kronzeuge ist der sattsam bekannte Professor Bernd Raffelhüschen, der bisher durch seine Forderungen bekannt geworden ist, die Renten zu senken. "Bild" behauptet, die Höhe der Pensionen stehe "in keinem vernünftigen Maßstab mehr zu den Renten". Das wird durch die veröffentlichte Tabelle widerlegt. Danach bekommt ein Feldweibel nach 40 Berufsjahren eine Pension von knapp 1.750 €. Ein Kriminaloberkommissar erhält 2.260 €, ein Botschafter gut 5.500 €. Auf derselben Seite berichtet das Blatt, dass die Gehälter deutscher Top-Manager 2007 um 7,8 % auf durchschnittlich 2,9 Millionen € gestiegen sind. Üppige Altersversorgungen werden oft genug gesondert gezahlt. Der Chef von Daimler erhält jährlich 660.000 € für seine Altersversorgung, hat die FAZ im April 2008 festgestellt. Fast alle Vorstände der großen Unternehmen erhalten ähnliche Zahlungen.

Was übersehen wird: Die große Mehrheit der heutigen Pensionäre gehörte dem einfachen und mittleren Dienst an und erhält bescheidene Pensionen. Das gilt erst recht für die Witwen, die überwiegend nicht berufstätig waren und sich ganz der Familie gewidmet haben. Raffelhüschen, der sich in der Vergangenheit wiederholt durch falsche Aussagen blamiert hat, verweist wieder auf den „Vorteil“ des Beihilferechts und übersieht souverän, dass die erforderliche private Krankenversicherung gerade für Pensionäre unverhältnismäßig teuer ist, weil jede Beitragsanpassung bei ihnen wegen ihres fortgeschrittenen Alters besonders hoch ausfällt. Er beanstandet, dass es bei der Besteuerung einen besonderen Freibetrag für Pensionen gibt. Er verkennt, dass die derzeitige Regelung vom Bundesverfassungsgericht erzwungen wurde, um die unterschiedliche Besteuerung der verschiedenen Altersbezüge abzumildern. „Bild“ weiß nicht, dass der Vergleich Beamtenversorgung mit Rente unzulässig ist, weil die Pension auch die Funktion der Betriebsrente erfüllt. Wer vergleicht, muss die betriebliche Altersversorgung berücksichtigen, und zwar gerade bei den "Besserverdienenden". Warum ein Generalleutnant, dessen Pension angegeben wird mit 6.450 €, im Vergleich mit den Managern, die neben ihrer Rente eine hohe Altersversorgung von ihrem Unternehmen beziehen, überversorgt sein soll, bleibt das Geheimnis der Zeitung. Die Verantwortung des Generalleutnants ist gewiss nicht geringer als die des Vorstandsmitglieds einer Bank.

Maßgebende Politiker sind offenbar dabei, einzuknicken. Für die SPD wird deren Innenexperte Dieter Wiefelspütz zitiert, der angeblich eine grundlegende Reform der Pensionen für notwendig hält: "Sowohl Angestellte als auch Beamte müssen ins gleiche Rentensystem einzahlen", wird er wörtlich zitiert. Auch der stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion im Bundestag, Wolfgang Bosbach, soll "Korrekturbedarf" sehen. Alle Elemente der Rentenreform müssten "wirkungsgleich" auf die Beamten übertragen werden, was längst geschieht. Professor Rupert Scholz, selbst früher Minister für die Union, soll noch weitergehen. Er meint, die Pensionen sollten abgeschafft und die Bezüge der Beamten erhöht werden, damit die Bediensteten selbst für das Alter vorsorgen können.